



## Die Hundstagspolitiker

Das Abkommen, das zwischen dem Vorsitzenden der U. S. P. D. Hilferding, dem Kommunisten Levi und dem früheren Generalen der Sowjetregierung in Berlin, Herrn Zoffe, in Rom abgeschlossen worden ist, hat die amtlichen Stellen veranlaßt, sofort eine Untersuchung einzuleiten. Wir halten diese Maßnahme für durchaus erforderlich, schon mit Rücksicht auf das drohende Blutvergießen, das bald über Deutschland hereinbrechen wird. Haben doch die dunklen Mächte in dem Vertrag, an dessen Richtigkeit nach der „Magdeburger Zeitung“ nicht gerüttelt werden kann, sich verpflichtet, mit „Waffengewalt alles auszurichten, was sich dem Proletariat entgegenstellt“.

Es wird also sehr viel kostbares Bürgerblut fließen. Um so unverständlicher ist daher das Verhalten des Oberpräsidenten Hering, der es abgelehnt hat, sich über die Angelegenheit auch nur mit einem Wort zu äußern. Warum, das erfahren wir aus dem „Berliner Lokalanzeiger“, dem Blatte, das sonst nur in zerschnittenem Zustand verwendet werden kann, diesmal sich aber um das Wohl der Allgemeinheit ein nicht zu unterschätzendes Verdienst erworben hat. Das Blatt macht nämlich an tellender Stelle darauf aufmerksam, daß dieser Hering Oberpräsident von Gnaden der roten Armee bleibt, umgeben von einem Stab gefährlicher Revolutionäre: Dem Oberbürgermeister Seims, den Parteisekretären Peters, Beyer, Bauermeister, dem Polizeipräsidenten Krüger und dem durch seinen Blutdurst berühmten gewordenen Hauptmann von Beerfelde nebst dem schon vorgemerkten und unbekanntem Oberleutnant Hansemann-Stettin.

Ganz schlimm stehen die Zustände in Oberschlesien zu werden. Dort ist, dem allseitig zuverlässigen „Lokalanzeiger“ zufolge, die Stadt Hindenburg als Sitz der neuen Regierung ausersehen. Die roten Nordbären wollten mit der Wahl gerade dieses Ortes den Namen des so allseitig geliebten großen Feldherrn schänden. Fürchterliche Dinge bereiten sich dort vor, das sagen schon die Namen der neuen Regierungsglieder, die als anerkannte Rätediktatoren (und selbstverständlich hervorragende Führer der U. S. P. D.) sich bereits einen Namen gemacht haben. Dies sind sie:

1. Bureaubeamter Herr. Misder, Gleiwitz, Hindenburgstraße 19; 2. Joh. Ralsch, Pole, Gleiwitz, Löwenstraße 2; 3. Oberlehrer Herr. Lang, Hindenburg, Friedrich-Karl-Straße 13; 4. Kaufmann Joseph Sändig, Hindenburg, Gartenstraße 61; 5. Seminaroberlehrer Franz Gorau, Pole, Kattowitz, Bismarckstraße 9; 6. Hüttenangehelfer A. Nobla, Deutsch-Russe, Kattowitz, Holzstraße 27; 7. Oberl. Zwan Löwinger, Deutsch-Russe, Königshütte, Laurastraße 2.

Zum Glück haben wir noch eine Reichswehr und einen Seckl. Der hat bereits einen Generalstabsplan ausgearbeitet, zur Niederhaltung der geplanten Erhebung. Der Deutschen Wirtschaftliche (Berlin R. Driandorger Straße 67) aber gebührt ganz besonderer Dank. Sie hat Tag und Nacht gearbeitet, um hinter diesen Plan zu kommen. Der einfache Arbeiter Stinnes, der anstrengende Tätigkeit immer zu währigen weiß, hat ihr deshalb von seinem ersparten Geld eine Extravergütung von einer Million bewilligt. Die linksradikalen Hezer, die sich durch die Enthüllung getroffen fühlten, sollen nicht etwa glauben, daß dies alles Hundstagsphantasien sind. Es liegt doch genügend Beweismaterial darüber vor, daß die bürgerliche Presse ähnliche Veröffentlichungen auch schon in der kalten Jahreszeit gedruckt und Gläubige damit gefunden hat, selbst in den Kreisen der Minister.

## Die Waffenschieber

Der Reichswehrminister Dr. Gehler ist nach S. 2a mit einem dicken Kistenbündel gefahren, das in wohlgeordneter Auswahl alle Spitzelnachrichten enthielt, die im letzten Jahre im amtlichen Auftrage hergestellt worden sind, um die Notwendigkeit einer starken Wehrmacht nachzuweisen. Die unsaubere Spekulation, mit diesem erschwundenen Material einen Eindruck auf die Vertreter der Entente zu machen, erwies sich als verfehlt. Dennoch arbeiten die amtlichen militärischen Stellen noch heute mit dem Märchen einer stark bewaffneten „Roten Armee“, und zwar in dem gleichen Augenblick, wo alle noch greifbaren Waffen unter Aufsichtnahme des militärischen Dienstweges der Reaktion in die Hände gespielt werden. In Berlin haben allein in den letzten Tagen — also nach Spa — die Eisenbahner folgende Waffensendungen angehalten:

Vom Artilleriedepot in Spandau, Unterschrift Hennig, an Leitzow-Regt. Dresden 1 Kiste Waffen;  
Lazarett Tegel 1 Kiste Waffen;  
Hessamm. Dessau 4400 scharfe Patronen R. 88;  
Milit.-Berein Kahndorf, Adr. Hen. Gemmel, Vorl.;  
Krieger-Berein Gräbendorf, Adr. Hrn. Lehmann, Vorl.;  
Landw.-Berein Liebenhals, Adr. Hrn. Schmidt, Vorl.

Die letztgenannten drei Sendungen erhielten je eine Kiste, angeblich Infanteriegerät; sie entsprachen aber dem Gewicht und Größe genau der Sendung, die nach Dresden und Tegel gehen sollte. Das gleiche trifft zu für folgende Sendungen:

Landw.-Berein Cöpenitz, Adr. Hrn. Otto, Stadttheater, 2 Kisten;  
Landw.-Berein Groß-Boch, 2 Kisten;  
Krieger-Berein Reinholdsdorf-Oh., Kenner Friedr. Müller, 1 Kiste;  
Krieger-Berein Borussia Berne l. M., 1 Kiste;  
Krieger-Berein Wend. Rieg, Schrammstraße, 1 Kiste.  
Auf dem Unhalter Bahnhof am Sonntag angehalten:  
An Amtsverband Alt-Hechern bei Pignitz, 2 Kisten, 21 Zentimeter-Granaten. Adr. Art.-Depot Spandau!

Das vorbildliche Verhalten der Eisenbahner, die diese Waffensendungen für die Konterrvolution angehalten haben, muß im ganzen Reiche nachgeahmt werden.

## Der Vampyr

Die „Germania“ beschäftigt sich in einem Vektartikel mit der Herabsetzung der Wehrmacht auf 100 000 Mann. Sie kommt dabei zu dem ganz richtigen Schluß, daß die neue Wehrmacht nichts weiter sein kann, als eine Polizeitruppe. Dieser Bestimmung würde von den höheren Stellen entgegengehandelt, vor allem versuchten die höheren Kommandostellen der Heeresverminderung allerlei Widerstand zu leisten. Der Abbau sei aber unbedingt geboten, und zwar müsse auch dort angefangen werden, wo er am notwendigsten geworden sei: bei den Eläben. Wirklich heißt es darüber:

Man baue doch auch die Städte ein wenig ab, die unter Herrn Koste in den Palästen des Vampyrs und der Dämonen im umgekehrten Verhältnis zur Reichswehr angeschwollen sind. Was sollen dortige Kasse auf dem kleinen Kumpfe der deutschen Polizeimacht? Was soll endlich immer noch das petrefakte Kriegsmaterial in Leipziger und Wilhelmstraße mit seinen Hunderten von Tausen und Geldempfangern? Pflicht des Wehrministers wird es vor allem sein, mehr als sein Vorgänger ein Auge darauf zu haben, daß die verfassungsmäßigen Elemente der Reichswehr erhalten bleiben und entsprechend verwendet werden. Wo allerdings die Verhältnisse näher kennt, wird kaum die Hoffnung hegen können, daß Herr Gehler hier Erfolg haben wird — es sei denn, er gebrauche zuerst den eisernen Besen.

Herr Gehler wird den eisernen Besen nicht gebrauchen, er ist der wehrlose Gefangene des Herrn Seckl. Aber im

Reichstag muß die Luderwirtschaft, die unter Koste geradezu erschreckend um sich gegriffen hat, gründlich und eingehend beleuchtet werden. Es muß den berechneten Herren ganz deutlich gesagt werden, daß sie ohne jede Rücksicht auf die Finanzen des Staates daraufloswirtschaften, dem Volke das Mark aus den Knochen saugen, bloß um ihre Existenz zu erhalten für die kommenden Tage. Für 100 000 Soldaten sind im laufenden Etatsjahr 2 1/2 Milliarden Mark Ausgaben angesetzt. Wer dieser Forderung zustimmt, begünstigt die Arbeitslosigkeit und führt den Staat bewußt dem Bankrott entgegen.

## Generalappell der Rappisten

Am Freitag, den 27. August, nachmittags 5 Uhr soll im Stadion eine „Lannenberg-Gedächtnisfeier“ stattfinden, für die in der monarchistischen Presse schon seit Wochen riesig viel Klatsch gemacht wird. Veranstalter sind zwei der gemäßigtesten reaktionären Verbände: „Der Nationalverband Deutscher Offiziere“ des berühmten Leutnants Kollentshin und der „Verband nationalgerüsteter Soldaten“, jene Schöpfung Ludendorfs, die an der Vorbereitung des Rapp-Bußches stark beteiligt war und am 13. März 1919 Berlin mit Propagandaflyblättern für Rapp überschwemmte, also in guter Verbindung mit den Verbrechern gestanden hat. Der „Feier“ werden auch Ludendorff, Hindenburg, Madonnen und andere Rappisten beiwohnen.

Die Festordnung weist u. a. folgende Programmpunkte auf: 1. Heraldruf (!). 2. Einmarsch der militärischen Vereine und Kundlichen Korporationen. (Wir schlagen vor, nur solche Studentenverbindungen zuzulassen, die, wie die Narburger, mindestens 15 Morde auf dem Gewissen haben.) 3. Feld(?) gottesdienst. Ansprache des Warrers Klatt über: „Ich bin kommen, daß ich ein Feuer anzünde auf Erden und wolle ich lieber denn, es brenne schon.“ (Lut. 12, 49) (Der Herr Pfarrer wird damit scheinbar die Brandstifterjugenden der Militärischen und Kriegsverbrecher entschuldigen, das ist „christlich“.) Schließlich wird nach Ansprachen und Festreden ein „patriotisches Konzert“ vor sich gehen, bei dem die republikanische Kapelle des republikanischen Reichswehrregiments 29 den „Kaiser marsch“ unter Leitung des Musikdirektors Dippel spielen wird. . . .

Wer also alle Rappisten, Militärischen, Kaufstudenten, Kriegsgelager und Kriegsverbrecher, Hochschulpromotoren vom Range Eduard Meyers, kurz die Reaktion unter jähiger Mitwirkung der „Demokratischen Republik“ beisammen sehen will, mag diese Komödie am 27. August genießen.

## Ein Justizskandal

Im Reichstage ist in einer kleinen Anfrage folgender ungeheurer Justizskandal bloßgestellt worden:

Am 7. Dezember 1918 wurde der Aderbürger Paul Ritsche in Ziegenhals durch einen Schuß in den Hals lebensgefährlich verletzt und starb bald darauf. Geheißener hat der Zollausheber Müller. Er wurde gleich nach der Tat verhaftet, aber sofort wieder freigelassen. Die Erregung darüber war in Ziegenhals groß. Eine öffentliche Versammlung beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit. Der Gastwirt Friedrich Frey war dort Redner. Es wurde eine Entschädigung angenommen, die Verwahrung gegen den Mord einlegte und die sofortige Verhaftung des Täters forderte. Man bildete eine Kommission, die an die zuständigen Stellen in Ziegenhals herantrat, um einen neuen Haftbefehl für den Täter zu erwirken. Frey und der Richter Karl Abend gehörten zu dieser Kommission. Sie gingen zum Amtsgerichtsrat Wildner und trugen dem die Wünsche der Versammlung vor. Dieser weigerte sich anfangs. Aber durch das Drängen und Toben der Menge vor dem Hause eingeschüchtert, stellte er schließlich den Haftbefehl aus. Frey wurde kurz darauf wegen Landfriedensbruch in Untersuchungshaft genommen, obwohl er krank ist. Am Dienstag, den 6. Juli, wurde er und der Richter Abend vom Landgericht in Reife verurteilt. Frey erhielt drei Jahre Gefängnis, Abend sechs Monate.

Die Rappisten wissen einander gut zu schätzen. Es kann gar keinem Zweifel mehr unterliegen, daß eine große Anzahl amtierender deutscher Richter und Staatsanwälte zu ihnen gehört.

## Ein Hereinfall

Strohes Rauschen erreichte im September v. J. die Verhaftung des Vorsitzenden und anderer Führer der Dalkischen Kommunisten, die beschuldigt wurden, zum Morde eines Spitzels, des berühmten Hartung, angestachelt zu haben. Nach zehnwöchentlicher Untersuchungshaft land jetzt vor der Strafkammer zu Halle, allerdings nicht unter dem Vorsitz des noch berühmteren Landgerichtsdirektors Rehband, die Verhandlung statt, die mit einem vollkommenen Zusammenbruch der Anklage endete. Die Angeklagten wurden sämtlich freigesprochen. Wieder hat sich in diesem Prozeß die Spitzelkaste in üblicher Form präsentiert, da die Verhaftung der Kommunisten nur das Werk des Spitzels Weidert war, der auch als einziger Belastungszeuge der Staatsanwaltschaft auftrat.

## Hausangestelltenrecht

Vom Reichsarbeitsminister wird mitgeteilt: Die Rechtsverhältnisse der Hausangestellten sollen demnächst für das Reich einheitlich neu geregelt werden. Die hierzu notwendigen Vorarbeiten des Reichsarbeitsministeriums sind bereits weitlich fortgeschritten. Die Vorlage eines entsprechenden Gesetzesentwurfes wird nach Möglichkeit beschleunigt. Ueber die wichtigsten Fragen des neuen Hausdienstgesetzes werden in nächster Zeit im Reichsarbeitsministerium Besprechungen mit den Vertretern der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände stattfinden. Die Ausarbeitung des Gesetzes der Hausangestellten in neuzeitlichem Geiste soll zur Hebung dieses für Haus und Familie wichtigen Standes beitragen und dadurch im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Hausdienst in diesem Bereiche fördern.

## Die Boulogner Konferenz

TU. Paris, 28. Juli.

Die Besprechungen zwischen Lloyd George und Millerand dauerten genau drei Stunden und waren um 1/2 Uhr a. ends beendet. Der Presse wurden keine offiziellen Mitteilungen gemacht. Doch erklärte Millerand den Journalisten, daß die Besprechung sich um zwei Punkte drehte, 1. die russisch-polnische Frage, 2. die Vorkauffrage hinsichtlich Deutschlands. Was die erste Frage betreffe, so wird Lloyd George der Räteregierung mitteilen, daß der Vorkauf einer Einberufung einer internationalen Konferenz nach London zur Regelung der Ostfragen auch die Zustimmung Millerands gefunden habe. Die Räteregierung mißte aber auf dieser Konferenz in erster Linie die polnische Frage zur Behandlung bringen.

London, 28. Juli.

„Daily Chronicle“ schreibt zu der Konferenz in Boulogne: Der Standpunkt Frankreichs ist folgender: Für den Fall, daß ein Frieden zwischen Polen und Rußland erfolgen wird, ist Frankreich bereit, mit Rußland die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung zu besprechen, wenn damit die Frage der Anerkennung der russischen Schulden an die Allierten in Verbindung gebracht wird. Frankreich ist indessen einverstanden, diese oder andere Bedingungen nicht zur Sprache zu bringen, bis die russisch-polnische Streitfrage geklärt ist.

„Daily News“ schreibt: Die Entscheidung liegt auf jeden Fall bei den Bolschewisten. Die neue Note an Moskau wird wie die vorhergehenden im Namen Großbritanniens abgefaßt werden, obwohl Frankreich und zwei, alles auch Italien vollkommen damit einverstanden sind.

Paris, 28. Juli.

Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Boulogne hat mit Marshall Foch gefachelt über die Lage Polens gesprochen. Foch sagte ihm, er hoffe zuverlässig, Polen habe die Mittel, die Armee an einer bestimmten Stelle festzuhalten. Er habe Polen den Rat gegeben, nicht aggressiv zu sein, aber es müsse würdig bleiben und dürfe sich nicht den Willen des Siegers aufzwingen lassen. Es habe nur zu wollen und es werde nicht besiegt sein.

Paris, 28. Juli.

Der Berichterstatter der „Agence Havas“ meldet aus Boulogne, es sei gestern keine Entscheidung getroffen worden über den Zeitpunkt des Zusammentritts der Konferenz von Genf, die die Aufgabe habe, eine erste Prüfung der Wiedergutmachungsfrage vorzunehmen.

## Der Bolschewismus in Asien

London, 28. Juli.

„Times“ meldet aus Konstantinopel, daß Alexander sich jetzt vollständig unter bolschewistischer Herrschaft befindet. Von den sechs Oberkommissaren, die das Land regieren, sind zwei Russen, zwei Georgier und zwei Türken. Das Heer besteht beinahe ausschließlich aus Russen, und zwar größtenteils aus Truppen der früheren Asirachan-Armee sowie der 20. bolschewistischen Division.

## Zusammenstöße in Mainz

Mainz, 28. Juli.

Heute vormittag verammelten sich etwa 1000 Arbeitslose vor dem Stadthaus, die sich mit den Beschlüssen der Stadterweiterung über die Arbeitslosen-Fürsorge nicht zufrieden geben wollten. Da die Menge in das Stadthaus eindringen wollte, mußte die in größerem Aufgehob herbeigerufene Polizei von der Waffe Gebrauch machen; sie gab mehrere Schreckschüsse ab. Von den Polizeibeamten, wie den Demonstranten wurden in dem folgenden Handgemenge mehrere verletzt. Drei Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß des Reichstages hat sich konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde der demokratische Abgeordnete Dr. Peterßen gewählt. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde ein deutschnationaler Antrag gegen die Massenemigration fremdbürtiger Elemente angenommen.

## Generalversammlung der Betriebsräte

Die Delegierten der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin nahmen am Mittwoch den Bericht über die letzten Verhandlungen der Betriebsräte-Zentralen mit der Berliner Gewerkschaftskommission entgegen. Das Mitglied der provisorischen Zentrale, Genosse Wegmann, führte aus:

Die Verhandlungen zwischen den genannten Körperschaften wären bereits am 6. Juli bis auf zwei Differenzpunkte zu einem allgemein befriedigenden Resultat gediehen, doch hatte die Gewerkschaftskommission die Verhandlungen unterbrochen und auf eigene Faust Gruppenversammlungen der Betriebsräte einberufen. Nachdem die Gewerkschaftskommission in diesen Gruppenversammlungen Schiffbruch gelitten habe, habe die Plenarversammlung den Ausschuß der Gewerkschaftskommission beauftragt, erneut in Verhandlungen mit den Betriebsräte-Zentralen einzutreten. Die Verhandlungen haben am letzten Dienstag stattgefunden und zu dem bereits bekannten Ergebnis geführt.

Die provisorische Zentrale ist am Mittwoch zu der ersten Sitzung zusammengetreten. Von der Berliner Gewerkschaftskommission sind die Genossen Kollmer, Orliman, Orliman, die Genossen R. Müller, E. Wegmann und E. Reumann, von der Betriebsräte-Zentrale In den letzten Reihen K. Reinke und von der U. S. P. D. Brandler entlassen worden. Diese provisorische Zentrale habe sich in erster Linie mit der Eröffnung aller Betriebsräte zu beschäftigen. Wenn dies geschehen sei, müsse eine neue Generalversammlung zusammenberufen werden, die dann ihrerseits auf Grund des Beschlußwahlsystems eine ordentliche Betriebsräte-Zentrale wählen würde.

Genosse Wegmann teilte dann mit, daß sich die provisorische Zentrale in ihrer ersten Sitzung mit der Sache des Unternehmers beschäftigt hat. Es wurde in dieser Sitzung jedoch verlangt, daß man sich mit der Sache ebenfalls einigen müßte, es den Anfeindern erwidert, als wenn die Vertreter der Gewerkschaftsbewegung man politische Arbeit leisten könne. Man um betonte, daß Kommission auf Umwegen ihr Ziel zu erreichen suchen. Richard Müller hätte bereits in der ersten Sitzung erklärt, daß sie da nicht mitmachen, sondern an die Öffentlichkeit gehen würden. Er ging dann weiter auf die Stellungnahme des Wirtschaftsausschusses ein und erklärte, daß diese nicht maßgebend sein kann. Die Vollversammlung der Betriebsräte der U. S. P. D. wird sich am Donnerstag mit der Frage ebenfalls zu beschäftigen haben und er hoffe festhalten, daß sie sich ebenfalls zur Einigung bekennen wird. Die „Kreier“ nehme sich in dieser Angelegenheit eine harte Haltung ein, es sei bedauerlich, daß diese nicht von Anfang an in der Betriebsrätefrage einen klaren Standpunkt eingenommen habe. Das Gleiche treffe für die „Rote Fahne“ zu.

Am Schluß seiner Ausführungen betonte Wegmann, daß die vollenzogene Einigung einen Schritt nach vorwärts bedeute, jedoch müßten die Betriebsräte darüber wachen, daß durch einzelne Bureaucraten in den Gewerkschaften die aufbauende Arbeit der Betriebsräte nicht gehindert werde.

In der Diskussion wendeten sich verschiedene Redner gegen die aufgestellten Richtlinien, weil sie nicht im Interesse der Räteregierung liegen. Brandler von der U. S. P. D. erklärte, daß sich die Diskussion in solchen Bahnen bewegen. Es handle sich hier nicht um die Einigung, sondern darum, daß für das kommende Proletariat Kampforgane geschaffen werden. Es gelte die Verkämmerung des Kapitalismus. Darum müsse die provisorische Zentrale bestrebt sein, den Räteregierung einzuwerfen, damit diese Kampforgane geschaffen werden können, die dann in weiterer Folge gegen die Sabotage-Akte des Unternehmers den Kampf beginnen müssen.

Nach mehrstündiger Diskussion wurde folgende, von Richard Müller eingebrachte Resolution gegenwärtig wenige Stimmen angenommen:

Die Generalversammlung der Betriebsräte ist bereit, mit allen Kräften die Tätigkeit der neu gebildeten provisorischen Zentrale zu unterstützen, solange sich diese Tätigkeit im Rahmen der zwischen der Betriebsräte-Zentrale und der Gewerkschaftskommission getroffenen Vereinbarung bewegt.

Sie wird bis zum endgültigen Ausbruch der neuen Generalversammlung in Kraft bleiben, damit die Berliner Betriebsräte bei allen notwendigen Aktionen nicht ohne Vertretung sind.

Weiter wurde folgende Kundgebung an die Angehörigen angenommen:

Die am 28. Juli in den Andreas-Geßeln tagende Generalversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins fordert die Betriebsräte der Angestellten auf, keine künstliche Mauer zwischen den Arbeitern und Angestellten aufstellen zu lassen, sondern sich an dem gemeinsamen Aufbau der Räteregierung zu beteiligen. Sie sieht in dem Zusammenarbeiten eine Notwendigkeit für das erfolgreiche Eindringen in den Produktionsprozeß zur Vorbereitung der Übernahme der Produktion und zum Vorwärtstreiben der sozialen Revolution.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer K. E. T. den Kassierbericht. Ohne Debatte wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt.

Der Vorsitzende Richard Müller forderte am Schluß der Versammlung die Generalversammlung auf, sich bei der Wahl der Organe eifrig zu betätigen. Weiter forderte er die Betriebsräte dazu auf, die vorausgabten Marken in den Betrieben zu verteilen, damit der Kampf des Proletariats der Berliner Betriebsräte gestärkt würde.

# Das Ende der Spaa-Debatte

Der zweite Tag der Spaa-Debatte brachte im großen und ganzen nur Wiederholungen. Die bürgerlichen Parteien stritten sich untereinander um den Ruf des größten Nationalismus. Während Herr Stresemann das nationale Empfinden der Deutschen Volkspartei gegenüber den Angriffen der Deutschnationalen zu rechtfertigen suchte, bestritt der Führer der Deutschnationalen Hertz es energisch und suchte die Opposition seiner Partei gegen den Vertrag von Spaa mit dem Argument zu rechtfertigen, daß diese Opposition der Regierung den Rücken für Genf stärke.

Mit vollem Recht empfanen ihm darauf die Genossen Sender, die als zweite Rednerin für die Unabhängige Sozialdemokratie gewandt die Angriffe der Gegner zu parieren wußte, daß der Standpunkt der Deutschnationalen nur den Ententeimperialismus gestärkt habe. Auch in ihren sonstigen Darlegungen wußte sie mit großem Geschick die Einwände der übrigen Gegner zurückzuweisen, um dann zum Angriff gegen sie überzugehen. Sie kennzeichnete die Leichtfertigkeit der Rationalisten, die die Beilegung des Ruhrgebiets in den Kauf genommen hätten und legte dar, daß die Bergarbeiter jetzt mit aller Entschiedenheit die Durchführung der Sozialisierung erkämpfen werden, daß ohne sie keine Erhöhung der Kohlenenergie eintreten werde. Der Kampf der Unabhängigen gegen den deutschen Militarismus bedeute Unterstützung des Kampfes der ausländischen Sozialdemokraten gegen den Militarismus in den Ländern der Entente. Die revolutionäre Bewegung in diesen Ländern mit aller Kraft zu fördern, das sei die Aufgabe aller Sozialdemokraten, nicht aber, wie es Herrmann Müller getan habe, die Möglichkeit einer Aktion der Arbeiterklasse in den Ländern der Entente von vornherein zu verneinen. Vorher hatte Clara Zetkin begründet, warum die Kommunisten ebenso wie dem Versailler Friedensvertrag auch dem Abkommen von Spaa ihre Zustimmung verweigern.

Bemerkenswert war der Eifer des Herrn Stresemann, seinen Freund und Gönner Stinnes gegenüber den Angriffen Breitschelds zu verteidigen, ohne allerdings auf das einzugehen, was den Kern der Ausführungen von Breitscheld gegen Stinnes dargestellt hatte. In einer persönlichen Bemerkung stellte Breitscheld das fest und machte außerdem darauf aufmerksam, daß es doch recht bezeichnend sei, daß Stinnes sich von Stresemann verteidigen lasse, und anstatt persönlich im Reichstage zu erscheinen, im Hotel Kaiserhof ihre und Konferenzen abhalte.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung des deutsch-nationalen Mißbilligungsantrages gegen die Stimmen der Antrosteller, und die Annahme des Antrages der Mehrheitsparteien und der Rechtssozialisten mit den Stimmen dieser Parteien. Die Unabhängige Sozialdemokratie hatte den Antrag eingebracht:

Der Reichstag verlangt von der Reichsregierung als notwendige Voraussetzung der Durchführung des Abkommens von Spaa die sofortige Sozialisierung des Bergbaues.

Er wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt, nachdem der Minister Dr. Simons das Gesehrnt auswärtiger Verwicklungen an die Wand gemalt hatte, wofür er vom Genossen Ledebour eine kurze, aber treffende Abfuhr erlitt.

Bedeutend war, daß selbst in dieser Grundfrage der sozialistischen Arbeiterbewegung sich die Tatsache ergab, daß ostentativ einer der Rechtssozialisten dem Antrag der Unabhängigen die Zustimmung verweigerte. Es war dies der frühere Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Herr Alexander Schilde. Er blieb bei der Abstimmung sitzen und erhob sich selbst dann nicht, als Rufe unserer Genossen ihn an seine proletarische Pflicht zu erinnern suchten und Gefinnungsgenossen von ihm zum Aufstehen zu veranlassen suchten. Soweit dieser Fall die Person des Herrn Schilde betrifft, ist er von nicht allzu großer Bedeutung. Denn bereits aus der Ministerialität dieses Herrn weiß die Arbeiterschaft, daß sie in ihm einen ausgesprochenen Vertreter kapitalistischer Anschauungen besitzt. Von der Behandlung dieses Falles aber durch die rechtssozialistische Fraktion dürften Schlüsse darauf zu ziehen sein, ob sie es mit ihrer Zustimmung über Haupt ernst gemeint hat oder ob sie nur die nothgedrungene platonische Zustimmung war, die der Antrag der Unabhängigen erzwingen hatte.

Am Schluß der fast achtstündigen Sitzung wurde eine Interpellation der Regierungsparteien und der Rechtssozialisten über polnische Gewaltbestrebungen behandelt.

## Der Sitzungsbericht

Vizepräsident Dr. Bell eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. Die Aussprache über Spaa wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Stresemann (D. P.): Spaa bedeutet fastlich für uns die schwerste Belastung. Die Unterdrückung ist folgenlos. Die Entente muß sich darüber klar sein, daß Spaa und Genf unmittelbar im sachlichen Zusammenhang stehen. Die wirtschaftlichen Leistungen sind von den finanziellen, über die in Genf verhandelt werden soll, nicht zu trennen. Weshalb werden nicht genaue Anträge über unsere Leistungen an die Feinde veröffentlicht? Die Welt muß wissen, daß niemals ein Volk einem anderen solche Erlöse gebracht hat, wie das deutsche Volk der Entente. Der Vertrag von Versailles kann nicht als völkerrechtliche Grundlage angesehen werden. Er ist zustande gekommen unter Belästigung der künftigen Rote vom November 1918. (Zustimmung.) Nach dieser Richtung hin muß der Frieden revidiert werden. Dem Vorfahren des Herrn Stinnes in der Kohlenfrage ist außerordentlich viel zu danken. Herr Breitscheld hat nicht das Recht, ihm falsche Beweggründe zu unterstellen. (Lärm b. d. U. S.) Den Maßnahmen für die Wahrung der Neutralität im Osten stimmen wir zu. Breitscheld beglückwünscht die Russen zu ihrem Krieg, weil dieser Krieg nach seiner Meinung für gute Ideen befähigt wird. Wer von diesem Hause aus die feigreiche russische Armee beglückwünscht, der hat das moralische Recht vermisst. Die Lobredner des Krieges anzupöbeln. (Sehr richtig! b. d. Mehrheit.) — Anrede b. d. U. S.) Das Bild, das der Minister von Rußland hat uns außerordentlich befremdet. Unsere Kritik bedeutet nicht ein Mißtrauen gegen das Kabinett oder gegen die Delegation. Wir würdigen ihre Beweggründe, wenn auch die große Mehrheit meiner Freunde nicht im Einklang mit ihrer Entscheidung steht. (Beifall.)

Abg. Haushmann (Dem.): Dr. Simon hat selbst erklärt, er hoffe, in Genf ein besseres Ergebnis zu erreichen. Die Forderung, die unsere Partei in den letzten zwei Jahren unter Führung gewisser Offiziere gemacht hat, haben leider dazu beigetragen, das Mißtrauen gegen uns zu stärken. Die Verletzung der Platte von Spaa war ein unerhörtes Verbrechen, das an Deutschland von Matineellen begangen wurde. (Sehr richtig! links.) Haben sowohl Sie wie Stinnes, indem sie ihre Meinung aussprachen, dem deutschen Interesse einen Dienst geleistet? (Sehr richtig! bei den Dem.) und sie verdienen es nicht, in der Weise angeklagt zu werden, wie es gestern seitens des Vertreters der Unabhängigen geschehen ist. Der Reichsanwalt hat sich mit Recht verboten, daß man den deutschen Unterhändlern unterstellt, sie hätten die nationale Würde preisgegeben. (Erneute Zustimmung.) Die Zukunft gehört nicht dem Bolschewismus, sondern der Demokratie. (Beifall.)

Abg. Bühm (Bayer. Volksp.) erklärt, daß die Spaadelegation herausgeholt hat, was möglich war.

Abg. Jettin (K. P. D.): Ich habe nicht die Absicht, Partei zu ergreifen, in dem Maße, der entnommen ist über die persönlichen Tugenden oder Laster des Herrn Reichsministers des Auswärtigen. (Heiterkeit.) Er hat in der heidnischen Welt des ausländigen Mannes eine Extratour gemacht, die fastlich ganz belanglos ist, da sie im schärfsten Gegensatz zu seiner stets betriebenen Politik steht. Denn die war ganz ausgesprochen nach rechts orientiert, besonders in der Entwaffnungsfrage. Wir wissen ganz genau, was wir und was er mit Jettin (zu den Bürgerlichen) unter dem Schutze des Wirtschaftens verstanden. Sie nämlich, den Schutze der kapitalistischen Ausbeutung und die Bedeutung hat Herr Stinnes deutsch zum Ausdruck gebracht. (Sehr richtig! links.) Er erwähnte die englischen Kapitalisten, sie möchten sich doch mit den Deutschen zusammenzuschließen, zu gemeinsamer Niederwerfung des sogenannten inneren Feindes. Die deutsche Arbeiterschaft wird ihm diese Reuegarung nicht vergessen und wird ihre Schlussfolgerungen daraus ziehen. Ein Minister, der so unweidentlich die Gegenrevolution vertritt, ist ein Minister, der einmal einen Theaterdonner gemacht hat, um die zwei Lauschen zu verhehlen, daß unter der Wucht der realen Tatsachen jenes Lügengewebe über Rußland sich nicht mehr aufrecht erhalten läßt und die andere, daß in Spaa trotz aller nationaler Gegentage der Versuch gemacht wurde, eine

Verständigung zwischen den ausländischen und den deutschen Kapitalisten

herbeizuführen. Mehr als alles andere beweist diese letztere Tatsache, die Erscheinung, daß die Aktien der Bergwerke rasch und stetig gestiegen sind, um 25, 30 und 40 Prozent. (Hört, hört!) Zu den objektiven Worten, die er ein paar Mal für Rußland fand, möchte ich fragen, woher stammt dieses Material? Und woher stammt dann das Material des Herrn Professor Hochsch? Das ist lang nämlich ganz nach dem Material der internationalen Liga zur Bekämpfung des Bolschewismus, einer internationalen Verbündeten und Schwindelgesellschaft. (Wieder!) Und dabei hat er und Herr Abgeordneter Stresemann vergessen, die Zerrüttung der russischen Wirtschaft durch den Bolschewismus. (Lachen rechts.) Kolossal hat dieses Werk fortgesetzt, er hat Tausende und Aberhunderte von russischen Arbeitern nach Sibirien verschleppt, als ob es belgische Arbeiter wären. (Lebhafter Widerspruch und Tumult — erregte Anrufe des Abg. Ledebour.) Nun noch einmal zu Spaa. Wir lehnen mit aller Entschiedenheit unsere Zustimmung zu den Beschlüssen von Spaa ab, wie wir auch dem Friedensvertrag von Versailles unsere Zustimmung verweigert hätten. Wir rufen die Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands und der gesamten Welt auf zum revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus, wie rufen sie auf zur dritten Internationale, zur Weltrevolution, die die Verwirklichung des Weltfriedens bildet.

Abg. Müller-Franke (Soz.): Der Geist des hier so oft zitierten Engländers Kennes beherrscht noch nicht die Staatsmänner der Entente, bei ihnen ist die gleiche Hoch oben auf. Man kann uns daher wahrhaftig nicht zumuten, in den Völkerverbund einzutreten, so lange wir dauernd in der Gefahr schwelgen, mit Krieg überzogen zu werden, weil irgend eine Klausel des Friedensvertrages nicht erfüllt ist. In dem Mißtrauen gegen uns ist nicht allein die Reichswehr schuld, sondern auch die Leute, die fortwährend die Reichswehr aufspüren. Es ist ein Skandal, daß die Kompanie, die beschlagnahmt aufstehen mußte, um die französische Fahne zu grünen, mit Zursen empfangen worden ist, wie: Pfui! Schami Euch, dahin zu gehen. Spaa war die Folge von Versailles, das ist richtig. Aber Versailles war die Folge des Waffenstillstandes von Compiegne, und der Waffenstillstand die Folge der gewaltigsten Niederlage, die je ein Militarismus erlitten hat. (Lebhafter Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Herr Breitscheld meint, wir hätten den Krieg nicht so lange dauern lassen dürfen. Sie wissen doch, daß im Januar 1918 eine große Berliner Streikbewegung verurteilt hat, dem Krieg ein Ende zu machen und daß damals die Machtverhältnisse das unmöglich machten. Damit müßten wir doch rechnen. Erst im Laufe des Sommers 1918 entwickelten sich die Dinge zur Revolution hin. Wir ist jetzt wieder mitgeteilt worden, daß die Reichswehr, die nach Ostpreußen geschickt worden ist, um die Grenze zu verteidigen, ostentativ nicht bloß

mit schwarzweißen Fahnen ausgerückt ist, sondern auch die Marinekriegsflagge auf ihren Bännen entfaltete hat. (Hört, hört!) Das ist eine freche Provokation gegenüber der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung. (Sehr richtig! links.) Breitscheld hat die Tätigkeit der jetzigen Regierung mit der der früheren verglichen. Zu der Zeit, als ich im Amt war, lagen die Verhältnisse ja ganz anders. In der ersten Zeit nach der Revolution hatten wir in der russischen Politik die Hände nicht frei. Wir waren gezwungen, im Westrum Truppen zu halten. Breitscheld genügt ja bei seinen eigenen Genossen nicht viel Vertrauen. Breitschelds Reden machen sich beliebt in Volkssammlungen ganz gut, aber gegenüber dem Ausland können sie Deutschland schwer schädigen. (Zustimmung.) So oft wir während meiner Amtszeit von dem Treiben von Westpreußen in der Weltung gemacht worden ist, habe ich mich an die Instanzen gewandt, die zum Einreiten beauftragt waren. Das Auswärtige Amt selbst hat ja gar keine Exekutivorgane. Ich habe in einzelnen Fällen die Ausweisung von unruhigen Offizieren beantragt. Herr Kopp hat seinen Aufenthalt in Berlin meiner Vermittlung zu verdanken. Wir haben uns seit Monaten Mühe gegeben, eine Kommission nach Rußland entsenden zu können. Das die Kommission erst so spät die Einreiseerlaubnis erhielt, lag nur an der russischen Regierung. Ich persönlich habe die optimistische Auffassung über die russischen Verhältnisse niemals gehabt, die Minister Stinnes hier ausgesprochen hat. (Lebhaftes Hört, hört!) Wie ich überhaupt der Überzeugung bin, daß das, was in Rußland sich heute an Sozialismus breit macht, nichts mehr mit Sozialismus zu tun hat, als die Arbeitergemeinschaft. (Sehr gut! bei den Soz.) Die deutschen Arbeiter können nicht auf die Weltrevolution warten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie wären zehnmal verhängt, wenn sie das bisher getan hätten. Europa kann nur gefunden, wenn die Politik von einer sozialistischen Arbeiterschaft kontrolliert wird. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Toni Sander (U. S. P.)

Herr Hochsch wollte uns mit seiner Rede zeigen, daß der Geist von Potsdam noch lebt. Das waren dieselben leichtfertigen patriotischen Tropen wie wir sie im Jahre 1914 gehört haben. Wenn der deutsche Imperialismus entwirrt wird, so stärken wir damit unsere Kräfte in den anderen Ländern in dem Maße, gegen ihren Imperialismus. Wir wissen genau, daß mit unser Ziel nur eintausendmal erreicht. Herr Hochsch hat auch keinen Ausweg gezeigt, wie die Welt in Spaa nach seiner Meinung hätte verhalten sollen. Spaa ist nicht nur eine Folge von Versailles, auch nicht nur eine Folge der Überlegenheit, sondern eine Folge der imperialistischen Politik, die alle Parteien dieses Hauses, mit Ausnahme der unsrigen, seit 1914 getrieben haben. (Zustimmung bei den U. S. P.) — Stürmisches Gelächter bei der Mehrheit.) Stinnes Haltung gleicht derjenigen Wilsons während des Krieges. Wir haben aus Wilsons friedliche Gelohnung und auf seine 14 Punkte vergebens vertraut. Stinnes hat sich allerdings schon nach 24 Stunden der herrschenden Stimmung gebeugt. Uns ist nicht damit gedient, wenn nur der deutsche Imperialismus entwirrt wird, aber wir wissen, daß durch Entlassung des deutschen Imperialismus unsere ausländischen Genossen zu Recht erleichtert wird. Wir können darum die Hoffnung des Herrn Stinnes auf den Völkerverbund nicht teilen. (Sehr richtig!) In der Völkerverbund angenommen kann nur ein kapitalistisches Deutschland werden, für uns könnte es sich nur um einen

Völkerverbund der Arbeiterklasse

handeln. An der Politik der Arbeiterschaft haben wir kein Interesse, denn die ist keine kapitalistische, wir verstehen unter Sozialisierung der Bergwerke keine Arbeitergemeinschaft und keine Verstaatlichung, sondern die Enteignung der Besitzer und Übernahme durch die arbeitende Klasse. (Sehr richtig!) Nun ein paar Worte

zu Herrn Müller. Auch er hat wie die Bürgerlichen keine Hoffnung, daß Rußland aufbauende Arbeit leisten kann, und hat ferner keine Hoffnung, daß die ausländischen Genossen den Ruf der Weltrevolution aufnehmen werden. Er glaubt es damit beweisen zu können, daß in Frankreich vor kurzem der Mörder von Jaurès folgeschon werden konnte, ohne jede Aktion der französischen Arbeiter; da erinnere ich nur an die Mörder von Liebknecht und vielen anderen. (Sehr richtig! bei den U. S. P.) Es ist auch recht eigenartig von Herrn Müller, daß er die ausländischen Genossen für nicht reich genug hält. (Lebhafter Widerspruch bei den Rechtssozialisten. — Zurufe: Das hat er gar nicht gesagt.) Er ist grundrührig freischützig, aber wir sind nicht gewillt, uns weiter die Gewalttätigkeiten der bestehenden Klassen gefallen zu lassen, sondern werden uns mit allen Mitteln verteidigen. Wir sind uns dabei bewußt, daß die Arbeiterschaft den Ruf aufnehmen wird in allen Ländern, und daß dem Völkerverbund entgegengetreten wird der Bund der streikenden Völkerverbände. (Beifall bei den U. S. P.)

Abg. Hertz (D. Nat.): Wir können es nicht billigen, daß diese Urkunden unterschrieben worden sind; es beweist dies, daß die Delegation eben die Reten verlor und innerlich zusammengeklappt ist. (Sehr richtig! bei den D. Nat.) Ueber Herrn Stresemann habe ich mich sehr gewundert: Ich war der Meinung, daß wir mit seiner Partei über die Wahrung der nationalen Würde einig wären. Sollte die Deutsche Volkspartei heute nicht mehr so peinlich über die nationale Würde denken. (Lärm bei der D. P. — Zurufe: Unerbört! — Anhaltende Unruhe. — Glote des Beifalligen.) Die Regierung hat in Spaa nicht die erforderliche Festigkeit gezeigt.

Abg. Lohmann (Soz.): Wer nicht in Spaa anwesend war, kann sich von der kritischen Situation kein Bild machen; der kann auch nicht darüber urteilen. (Unruhe bei den D. Nat.) Wir erheben entschieden Protest gegen die scharfe Weise der Deutschnationalen, Zweifel an unserer nationalen Einigkeit zu erwecken.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons: Die Opposition hat uns nicht nur nicht gestört, sondern sie ist sogar in den Rücken gefallen mit ihrer Erklärung, daß wir in Spaa die Rechtlage verbleibert hätten. Meine Äußerungen über Sozialisten sind vielach falsch aufgefaßt worden. Ich halte es für außerordentlich gefährlich, wenn man in Rußland nichts sieht als einen dauernden Wüstenhaufen. Deutschlands Politik geht jetzt auf einem schmalen Grat: Jeder Schritt rechts oder links kann uns in den Abgrund bringen. Die russischen Staatsmänner sind die gegebenen Sprecher Rußlands, solange sie das Vertrauen oder die Billigung des russischen Volkes haben. Es ist unrecht, ein Volk deswegen anders zu behandeln, als es sonst üblich ist, weil man sich davor fürchtet, daß die Gefinnungen dieses Volkes gegenüber den herrschenden Anschauungen des eigenen Volkes gefährlich werden könnten. Nur durch eigene geistige Arbeit kann man der Gefahr Herr werden. Unsere Vertragsgegner werden über kommen, wenn sie einsehen, daß ohne Deutschland der Wiederaufbau unmöglich ist. (Beifall.)

Abg. v. Schach (D. P.): Wir Bayern sind bereit, für das Reich lieber ein Hundeleben zu führen, als ein Schlaraffenleben von Frankreichs Gnaden. Für den Süden gibt es nur eine Lösung: das Reich soll uns doch bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Aussprache.

In einer persönlichen Bemerkung hält Abg. Breitscheld (U. S. P.) seinen Angriff auf Abg. Stinnes aufrecht. Seine persönliche Anwesenheit dürfte nicht vorgeschoben werden, um Angriffe auf ihn zu unterbinden, wenn eben Herr Stinnes, statt hier zu erscheinen, es vorzieht, im „Kaiserschloß“ zu sitzen. (Großer Lärm bei der D. P.)

Zum Antrag über die Durchföhrung des Kohlenabkommens von Spaa fordert, erklärt Reichsminister Dr. Simons namens der Regierung, daß die Regierung nach Rücksprache mit den Parteiföhrern der sozialistischen Partei den Antrag so versteht, daß der Bericht der Sozialisierungskommission abgewartet werden soll. Der Antrag könnte in seiner Ausführung im Auslande den Ansehen erwecken, als ob wir uns von den bereits im August beginnenden Kohlenlieferungen drücken wollten.

Abg. Ledebour (U. S. P.) erklärt demgegenüber, daß der Sinn des Antrages doch klar dahin geht, daß sofort die gesetzgebenden Maßnahmen vorzunehmen seien, um die Sozialisierung durchzuführen. Daß dadurch unter gar keinen Umständen eine Verschleppung der Ablieferung an die Entente erfolgt, ist eine Selbstverständlichkeit.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien abgelehnt.

Das Mißtrauensvotum Hertz (D. Nat.) wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt.

Der Antrag Müller-Franke (Soz.), Beder (Ztr.), Stresemann (D. P.), Schiffer (Dem.): der Reichstag würdigt die Gründe, aus denen die Reichsregierung die Maßnahmen von Spaa unterzeichnet hat und erwartet von allen Beteiligten ohne Unterchied, daß sie, was in ihren Kräften steht, rückhaltlos tun, um die Reichsregierung bei der Erfüllung der übernommenen Pflichten zu unterstützen, wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Unabhängigen angenommen.

Abg. Dr. Fleischer (Ztr.) begründet eine von allen Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen eingebrachte Interpellation über die politischen Absichten Teile des ost- und westpreussischen Abstimmungsgebietes trotz des überwältigenden deutschen Ergebnisses der politischen Staatshoheit zu unterstellen.

Minister Dr. Simons: Die deutsche Bevölkerung im Osten hat bewiesen, daß sie beim Reiche bleiben will. Es gibt nur einige Rechte, den Bestimmungen des Friedensvertrages und dem Selbstbestimmungsrecht der Völler entsprechende Lösung: die Zuteilung des gesamten ost- und westpreussischen Abstimmungsgebietes an das Deutsche Reich. (Beifall.)

Um 8 Uhr wird die Besprechung der Interpellation bei ganz schwach besetztem Hause geschlossen.

Abg. Schulz-Preußner (D. Nat.), Pöhlmann (Dem.), Evertling (D. P.) erheben scharfen Protest gegen das Vorgehen der Polen.

Abg. Ledebour (U. S. P.): Auch wir betrachten diesen polnischen Versuch als eine Verletzung des Friedensvertrages und des Selbstbestimmungsrechts der Völler. Er ist aber eine logische Konsequenz des viel größeren Verstoßes, der durch die Eingliederung der Westpreussen und westpreussischen Teile des sogenannten Korridors an Polen durch die Entente begangen wurde. Wenn für diese Gebiete der Grund der Selbstbestimmungsrechts maßgebend gewesen wäre, würde sich sicher ebenfalls eine Mehrheit für Deutschland ergeben haben. Alle diese Ungerechtigkeiten wird die proletarische Revolution, die mit Siedendenmütigkeit marschieren, ausleihen.

Abg. Schulz-Preußner (Soz.): Auch wir Sozialdemokraten wollen hoffen, daß die bisher vorliegenden Nachrichten nicht in ihrem vollen Umfange auf Wahrheit beruhen. Sollte dies aber der Fall sein, dann wäre dies angesichts des tief in die Geschichte eingeschriebenen Abstimmungsgebietes einfach eine Ungeheuerlichkeit. Deshalb erlauben auch wir die Regierung, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Donnerstag, 1. Okt., Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, Not-Stat. Schluß gegen 9 Uhr.

## Wieder ein Schandurteil

Unser Genosse La Halle, Editor des „Ruhr-Echo“, ist 31. von Kriegsgericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er die Arbeiter aufgefordert haben soll, die Waffen nicht abzuliefern. La Halle hatte 2. nur geschrieben, angesichts des Wortbruchs der Gegenseite und des drohenden wahren Schreckens werde man nicht erwarten dürfen, daß die Arbeiterschaft die Waffen so ohne weiteres abgeben würde.

General v. d. Goltz hat ebenfalls aufgefordert, die Abmachungen von Spaa zu sabotieren und die Waffen nicht abzuliefern. Wir erwarten, daß die Staatsanwaltschaft Anklage gegen ihn erhebt. Oder sollte es im freien deutschen Volkstaat etwa doch kein gleiches Recht für einen exzentrischen General und einen unabhängigen Redakteur geben? Diese Frage müßten wir an die Begründer der verfassungsmäßigen „Rechtsgleichheit“ in der deutschen Republik richten.

Nur bis Sonnabend, 31. Juli!

# Gaifon-Ausverkauf

## Angebote mit großen Preisermäßigungen

Kleiderstoffe    Waschstoffe    Wäschestoffe    Strümpfe    Handschuhe    Teppiche  
Seidenstoffe    Leinen    Futterstoffe    Trikotasen    Gardinen    Möbelstoffe

## Bekleidungsgegenstände und Wäsche

für Damen, Herren und Kinder

**S. Adam, Emma Bette, Bud & Lachmann, Gustav Cords**  
**Herrmann Gerson, F. V. Grünfeld** Landeshaute Leinen- und Gebildweberei **Rudolph Hertzog**  
**A. Jandorf & Co., Heinrich Jordan, N. Israel, Kaufhaus des Westens** G. m. b. H.  
**Kersten & Tuteur** Das Haus der Moden **D. Levin, R. M. Maassen** G. m. b. H.  
**V. Manheimer, Michels & Cie., Arnold Müller, Hermann Tietz**  
**A. Wertheim** G. m. b. H. **Gebr. Wolff & Keller**

**Theater und Vergnügungen**  
**Volkstheater**  
 Bruder Martin  
 Staatl. Schauspielhaus  
 Die Strohwitwe  
 Großes Schauspielhaus  
 Die Waise  
 Deutsches Theater  
 Die Notbräute  
 Kleines Schauspielhaus  
 Theater des Westens  
 Der Rabenwälder  
 Königsgraben Straße  
 Geständnis  
 Komödienhaus  
 Berliner Theater  
 Der letzte Walzer  
 Trianon Theater  
 Das höhere Leben  
 Residenz Theater  
 Die Haschhoffs  
 Lesing Theater  
 Leopoldine Konstantin  
 Das Glas der Jungfrau  
 Deutsches Künstler Theater  
 Clubleute  
 Neues Operettenhaus  
 Georges Fauriol's  
 Prinzessin Friedl

**Neues Volkstheater**  
 Die 3 Zwillinge  
**Rose Theater**  
 Ein Wintertraum  
**Ehemaliges Voigt Theater**  
 Die Dame vom Circus  
**Kammer-Tanzspiele**  
 Die Dame vom Circus  
**Theater am Köpenicker Tor**  
 Elite-Sänger  
**NEUE WELT**  
 Elite-Tag  
**Grobes Schlachten- u. Fronten-Feuerwerk**  
**Rathhaus-Theater**  
 Im Winkel am Tore  
**Sommerh. Groß-Berlin**  
**Apollo Theater**  
 Unübertreffliches Variete-Programm!  
**Berliner Prater**  
 12 Variete-Sensationen  
 Großer Ball

**CIRCUS BUSCH**  
 Gr. Pantomime  
**Scherz- und Zerstörte**  
**Volkstheater, Theater am Bülowplatz**  
 Der Kuchigen  
**Friedrich-Wilhelmstädtisch. Varieté-Garten**  
 Heute  
 Der brennende Radfahrer  
 Brillant-Feuerwerk  
 und  
 Varieté-Programm  
**Briefmarken, Münzen**  
 kauft Grossmann, Johannisstr. 4  
 Norden 1062L

**Spezial-Behandlung**  
**Spezial-Arzt**  
 für Haut- und alle Geschlechtsleiden,  
 Horn- und Blutuntersuchungen  
**Dr. med. Karl Reinhardt**  
 Potsdamer Str. 117  
**Spezial-Arzt**  
 Dr. Schott für Geschlechts-  
 leiden, Haut, Horn, Frauenleiden,  
 brennender Ausschlag, vener. Schwäche, gegen alle  
 kranke. Calvarian-Ruten, Blutuntersuchungen, im Kaiserhof  
**Dir.: Löser senior**  
 Nur Rosenthaler Str. 69-70  
**Spezial-Arzt**  
 für alle Geschlechtskrankheiten.  
 Horn, Frauenleiden, Blutuntersuchungen, Calvarian-Ruten,  
 Behandlung schnell, sicher, ohne Berufshilfe. Mäßige Preise.  
**Hellanstalt Dr. med. Lommer**  
 Brunnenstr. 185 (Rosenth. Platz).  
**Spezialbehandlung**  
 für Haut- und Geschlechtsleiden  
 bei Männer u. Frauen, Blutuntersuchungen, vener. Schwäche, Venen-  
 krankheit, Haut, ohne Berufshilfe. Auskauf Kautschuk.  
**Ruhn, Adressstr. 75**, Sprechz. 10-12, 5-7, Sonn. geschloßen.

**Schuhhaus „Sozial“**  
 Neukölln-Berlin, **Rottbuser Damm 76, vorn 1 Treppe**  
 (am Hohenstaufenplatz) — Kein Laden!  
**Stauend billiges Angebot!**

Herrenstiefel	moderne Form, haltbarer Unterboden, beste Lederverarbeitung, teilweise handgenäht	Größe I	139	178	195
Damenstiefel	in hohen Schuhl, schicke Formen		85	148	185
Damen-Halbschuhe	schwarz, farblich u. Reibleder, mit Spange u. zum Schützen		89	128	185

**Weiße Leinenschuhe für Damen und Kinder**  
 zu enorm billigen Preisen

Defensiv	Gr. 34/35	Gr. 31/35
preiswert	10.50	13.50

**Ein großer Posten Turnschuhe**  
**Lederfandalen, Hauschuhe, Pantoffel, Kinderstiefel**  
 Es kommen nur erstklassige Fabrikate zum Verkauf

**Jedermann überzeuge sich!**

**Phorosan-Heilinstitut**  
 für Haut- und Geschlechtskrankte  
 Lessingstraße 39, Sprechz. 2-11, außer Diensttag.  
 Großbärenstr. 67, Sprechz. 11-3, Sonntag 10-12.  
 Genesungs-Behandlung nach dem neuen schmerzlosen Phorosan-  
 Verfahren. Syphilis, Strang, ungeschlechtlich, Spn., Arth.,  
 Leishan, Sep. Ziemer, Kurdauer nicht überschreitet. Die Genesung  
 und ihre Zeitfolge. M. R., Prosp. 3 gegen Paris.

**1. Distrikt.**  
 Am 27. d. Mts. nach  
 unfer Vorzeigens  
**Klara Schünung**  
 Neue Friedländerstraße 108.  
 Die Einlieferung findet  
 am 2. August, nachm.  
 1/2 Uhr, im Anatomischen  
 Museum, Scharnhorstweg, statt.

**Deutscher Bauarbeiterverband**  
 Berlin  
 Den Mitgliedern zur  
 Nachricht, daß der  
**Hermann Krüger**  
 (Bezirk Norden II)  
 am 23. Juli verstorben ist.  
 Oben seinen Anker  
 Die Einlieferung findet  
 am Donnerstag, 26. Juli,  
 nachmittags 4 1/2 Uhr, im  
 Anatomischen Museum,  
 statt. Der Vorstand.

**Danksagung**  
 Für die demütigste Teil-  
 nahme bei der Beerdigung  
 meines lieben Frau  
**Henriette Schmidt**  
 sage ich ihren Angehörigen  
 aus der K.G.G., Taxdter,  
 Str. für Kleinlampen,  
 meinen besten Dank.  
**Wilhelm Schmidt.**

Am 1. Oktober dieses Jahres ist für das zurrichtende Wahl-  
 fahrtsamt der Stadt Wurgun die Stelle des  
**Leiters,**  
 vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung  
 zu befüllen. Dem Wahlkomitee werden gemäß § 1 des Ge-  
 setzes über Wahlfahrtsämter die Schulungs- und Einkünfte-  
 Verträge einschließlich des Altersrenten, Wohnungspflege,  
 Krüppelhilfe und die Bekämpfung der Tuberkulose, Pflege für  
 erbhäre Kinder, Armenpflege einschließlich der Beschäfte des  
 Gemeindefürsorge, Erwerbslosenfürsorge nach Arbeitsnachweis,  
 Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sowie das Ortsamt für  
 Kriegserlöhrge zugewiesen.  
 Geeignete Bewerber, welche entweder die 2. juristische Staats-  
 prüfung oder die Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst  
 bestanden haben oder hinsichtlich volkswirtschaftlich vor-  
 gebildet sind oder über genügende Erfahrungen auf sozialem  
 Gebiete verfügen, wollen sich bis zum 15. August dieses Jahres  
 bei dem Stadtrat schriftlich unter Angabe ihrer Schulung und  
 sonstigen Ansprüche und unter Vorreichung von Zeugnissen melden.  
 Persönliche Vorstellung ist nicht erwünscht.  
 Wurgun, am 27. Juli 1920. **Der Stadtrat.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verein**  
 Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85  
 Geschäftzeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.  
 Donnerstag, den 20. Juli 1920, nachmittags 4 1/2 Uhr  
**Branchen-Versammlung**  
 der Apparaten-Maschinenführer und Betriebsbediensteter  
 in den Maschinen-Bau, Kaiser-Wilhelm-Straße 81.  
 Tagesordnung:  
 1. Bericht betriebl. Ausschusses.  
 2. Besondere Angelegenheiten.  
 3. Betriebsangelegenheiten.  
 4. Verschiedenes.  
 Oben Mitgliedschaft kein Zutritt. Zeitliches Erscheinen erwünscht.  
**Die Ortsverwaltung.**

Groß-Berlin

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Freitag, den 30. Juli, abends 6 Uhr, Zentralvorstandssitzung in den Prachtallen Alt-Berlin, Blumenstraße 10. Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Fortsetzung der Debatte über Spaa. Die Geschäftsleitung.

Wohnungsnot und Mietssteigerung

Der Wohnungsverband Groß-Berlin soll Wohnungen schaffen. Siedelungen und Kleinwohnungen liegen zum Teil unfertig da, und können wegen Mangel an Mitteln nicht fertiggestellt werden. Im Wohnungsverband würde über den Stand der Dinge folgende Uebersicht gegeben: Während im abgelaufenen Rechnungsjahr der Wohnungsverband Groß-Berlin insgesamt 160 Millionen Mark Bauzuschüsse zur Verteilung bringen und damit 18 500 Wohnungen in Not- und Dauerbauten finanzieren konnte, stehen in diesem Jahre infolge des Verzuges des Reiches insgesamt nur 36 Millionen zur Verfügung. Nach dem Verteilungsplan können damit nur 1200 Wohnungen in Dauerbauten finanziert werden, von denen 94 Prozent auf die neue Stadtgemeinde Berlin und 6 Prozent auf die zum Wohnungsverband gehörigen beiden Kreise Teltow und Niederbarnim kommen. Auf drei- und viergeschossige Bauten entfallen etwa ein Zehntel der Zuschüsse, neun Zehntel auf Kleinhäuser mit Garten. Zu den Dauerbauten treten noch Holzhausbauten und 200 Laubenhäuschen, so daß mit der Errichtung von 1600 neuen Wohnungen in diesem Jahre gerechnet werden kann, das ist ein Zehntel der im Vorjahre vom Wohnungsverband hergestellten Wohnungen. Von den zahlreichen beim Wohnungsverband eingegangenen Anträgen auf finanzielle Unterstützung von Siedelungsbauten konnten bei den geringen Reichszuschüssen nur wenige in dem Verteilungsplan berücksichtigt werden. Da die diesjährigen Mittel nunmehr verteilt sind, so ist es zwecklos, neue Anträge an den Wohnungsverband zu richten.

Diese Uebersicht eröffnet sehr ungünstige Ausblicke. Diese Wohnungsnot wird von den Hausbesitzern benützt, um für sich Vorteile herauszuschlagen. Ihr Bestreben, die Höchstmietenverordnung zu durchbrechen, ist gelungen, aber das genügt ihnen noch nicht. In einer vom Bund der Berliner Grundbesitzervereine einberufenen Versammlung erklärte Stadtvorordner Radendorf, daß die Höchstmietenverordnung sich als undurchführbar erwiesen hätte. Wenn der Wohnungsverband nicht über 30 Prozent Mindeststeigerung hinausgegangen wäre, so wäre daran lediglich der Wohlfahrtsminister schuld, der ausdrücklich erklärt hätte, er würde mit Rücksicht auf die Stimmung der Straße nicht mehr als 30 Prozent Höchstmieten genehmigen. Im Wohnungswesen herrscht größte Korruption. Auf anständige Weise, ohne Bestechung könnte niemand mehr eine Wohnung bekommen. Generalsekretär Dr. Seynart suchte die juristische Unhaltbarkeit der Höchstmietenverordnung nachzuweisen und beschuldigt den Wohlfahrtsminister der Rechtsbeugung und des Verfassungsverstoßes. Sollte sich das Wohlfahrtsministerium nicht binnen weniger Tage dazu bereit erklären, mit dem Bund in Verhandlungen zu treten, so beantragt die Versammlung den Bundesvorstand, an sämtliche Groß-Berliner Hausbesitzer die Aufforderung zu ergehen zu lassen, die Zahlung der öffentlich rechtlichen Abgaben einzustellen und die Weiterverteilung der Lebensmittel- und Kohlenarten abzulehnen.

Die Hausbesitzer werden rabiat. Sie können sich diese Sprache erlauben, weil man ihnen nicht zu weit entgegengekommen ist. Der Appetit kommt mit dem Essen. Leider sind die Mieter nicht so auf dem Posten, wie die Hausbesitzer. Unsere politischen Vertreter in den Parlamenten werden hoffentlich dem Bestreben der Hausagrarier mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Ueber Einstellungen in der „Freiheit“ laufen täglich derart viele Bewerbungen ein, daß es unmöglich ist, alle zu beantworten. Wir teilen hierdurch mit, daß zur Zeit keinerlei Einstellungen erfolgen können.

Geschäftsleitung und Betriebsrat der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ und „Freiheit“-Druckerei.

Versammlungen der Arbeitslosen

Die Arbeitslosenräte hatten für Mittwoch fünf Versammlungen der Arbeitslosen einberufen, um über die Verhandlungen mit den Regierungsstellen Bericht zu erstatten. Folgende Forderungen waren den in Betracht kommenden Instanzen unterbreitet worden: Schaffung von Arbeitslosgelassen, Wiederannahme stillgelegter Betriebe zu wirtschaftlich notwendiger Produktion; dies, sowie alle anderen Maßnahmen, die den Produktionsprozess beeinflussen, unterliegen der Kontrolle der Betriebs- und Arbeitslosenräte sowie den Gewerkschaften, Aufhebung der Einschränkung der Erwerbslosenfürsorge auf 26 Wochen, Erhöhung der Unterstützungssätze, Gleichstellung der weiblichen mit den männlichen Erwerbslosen, Zahlung des Verdienstentganges an die Kurzarbeiter, Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen mit dem Auslande, insbesondere mit Sowjetrußland.

Wie gewöhnlich, wurden diese Forderungen zum Teil abgelehnt, zum Teil verschiedenen Instanzen zur wohlwollenden Prüfung überwiesen. Nur in der Frage der Bekämpfung der Erwerbslosgelassen auf 26 Wochen ist vom Magistrat Berlin ein teilweises Zugeständnis erreicht worden.

Die Referenten brachten zum Ausdruck, daß es notwendig ist, den noch Arbeitenden die Pflicht klarzumachen, für die Arbeitslosen in Aktion zu treten. Wo Betriebe geschlossen werden, müssen diese unter Kontrolle der Betriebsräte weiter geführt werden. Nur so wird es möglich sein, die Wirtschaft wieder auf gesunde Grundlage zu stellen. In den sehr kurz besuchten Versammlungen wurde eine Resolution einstimmig angenommen, durch die sich die Arbeitslosen verpflichten, Kontrolle über die Kriegstransporte auszuführen und den zuständigen Organisationen Bericht zu erstatten. Auch wurde überall ein Antrag angenommen, der die sofortige Einberufung des Reichsrätekongresses fordert. Nur diesen Kongress wollen die Arbeitslosen als das Parlament der revolutionären Arbeiter Deutschlands anerkennen. In einzelnen Versammlungen wurden auch Anträge angenommen, die eine Verbilligung der Lebensmittel und Gaspreise für die Arbeitslosen fordern.

Notstandsarbeiter und Erwerbslosigkeit in Neukölln

Zu den Entlassungen von ledigen Notstandsarbeitern in Neukölln, die in beteiligten Kreisen Unruhe und Erregung auslösten, schreibt der Magistrat Neukölln:

Von der von Tag zu Tag wieder größer werdenden Arbeitslosigkeit werden insbesondere Gemeinden und die Mitglieder der Gemeinden, die starke Arbeiterbevölkerung haben, schwer betroffen; so insbesondere Neukölln. Um die allerschwerste Not zu lindern, hat Neukölln bereits seit langer Zeit großzügige Notstandsarbeiten eingeleitet. Die Notstandsarbeiten, die daneben viel kulturellen Wert schaffen, werden in eigener Regie ausgeführt und dienen hauptsächlich dem Zweck, Arbeitern, die durch längere Erwerbslosigkeit in Not geraten sind, vorübergehend einige Erleichterung zu verschaffen. Da in der letzten Zeit nun immer mehr Familienväter lange Zeit arbeitslos werden und hierdurch Frauen und Kinder großen Entbehrungen ausgesetzt sind, die umfangreichen Notstandsarbeiten aber nicht mehr erweitert werden können, hat der Magistrat beschlossen, daß unverschuldeten Notstandsarbeiter, die für niemanden zu sorgen haben und die bereits längere Zeit Arbeit gehabt haben, derartigen bedürftigen Familienvätern Platz machen sollen. Im einzelnen bestimmt der Beschluß: „Bei den Notstandsarbeiten sind alle unverschuldeten Arbeiter, die über zwei Jahr beschäftigt sind, beginnend mit denen, die eine 14monatliche Arbeitsdauer hinter sich haben, in bestimmten Zeitabschnitten zu entlassen. Für jeden entlassenen unverschuldeten Arbeiter soll sofort ein verheirateter Arbeiter, der längere Zeit arbeitslos ist, eingestellt werden. Zum Ausgleich von Unbilligkeiten soll eine Kommission, bestehend aus Magistratsmitgliedern, Stadtvorordneter, Vertreter der Notstandsarbeiter und Arbeitslosen gebildet werden, die jede Beschwerde, insbesondere ob ein lediger Arbeiter als Verfolger von Angehörigen in Betracht kommt, nachprüft.“

Nachdem der Magistrat sich schlüssig geworden war, wurde sofort mit Vertretern der Notstandsarbeiter über diese Maßnahme Rücksprache genommen.

Eine Vollversammlung sämtlicher Betriebsräte Neuköllns hat nun gegen den Beschluß des Magistrats Stellung genommen und dagegen protestiert, weil es sich um Injurien des Magistrats handelt.

Dieser Vorwurf muß zurückgewiesen werden, denn nur die dringende Not von Familienvätern war — diesem Beschluß Veranlassung gewesen und die Erkenntnis, daß das Solidaritätsgefühl der Arbeiter verlangt, daß junge ledige Arbeiter, die für niemanden zu sorgen haben, besonders wenn sie viele Monate beschäftigt gewesen sind, auch einmal den schwerleidenden verheirateten Arbeitslosen Platz machen. Wenn in diesen Privatbetrieben die Arbeitszeit sogar wesentlich verkürzt wird, weil sich ein großer Teil der Arbeiterkraft aus Solidarität auf den Standpunkt stellt, selbst Entbehrungen auf sich zu nehmen, um die Zahl der Arbeitslosen nicht noch zu vermehren, so muß der Gemeinde die Freiheit bleiben, bei Notstandsarbeiten, d. h. bei Arbeiten, die nur zur Behebung der allerschwersten Not in Angriff genommen sind, zu

nächst die Arbeiter zu berücksichtigen, die mit ihren Frauen und Kindern am meisten leiden und entbehren. Fest steht, daß ein lediger Arbeiter leichter der Arbeitsnot weichen kann, als ein verheirateter; fest steht, daß auch ein lediger unter der Arbeitslosigkeit nicht so qualvoll leidet, wie ein Familienvater, dessen Frau und kranke Kinder täglich verlangen an ihn heranzutreten. Der Magistrat, der einstimmig beschloß, den einmal gefassten Beschluß zur Durchführung zu bringen, hat die Ueberzeugung, daß die übergroße Mehrzahl der Bewohner Neuköllns, insbesondere der arbeitenden Bevölkerung, den Entschluß verteidigen, ihn gerecht beurteilen und billigen wird. Wer die Verhältnisse in Neukölln kennt, wird wissen, daß hinter dem Beschluß keine Machigeltel stehen, sondern nur der Wille und der Wunsch, die allerschwerste Not zu beseitigen.

Die Leiche des Genossen Hilbig ist gestern morgen gefunden worden. Der Termin der Einäscherung wird noch bekanntgegeben.

Zeitungsbilder. Die neue Nummer der „Freien Welt“ ist eine Sondernummer „Ferien“. Hunderte Kinder und Erwachsene tummeln sich auf den Bade-, Strand-, Wald- und Wiesensideln, die die Nummer bringt. Besondere schöne deutsche Landschaftsbilder, Kunst- und photographische Aufnahmen, englische Artikel, satirische und ernste Gebichte, in- und ausländische Karikaturen ergänzen die Nummer, die lebendig und frisch den Leser in die schönste Freiheit der Ferien hinausführt. Preis des Heftes 60 Pf.

Die Verordnung über Beschlagnahme der zur Ablieferung an die Entente in Aussicht genommenen Pferde (Hengste, Stuten) und der Ausgleichspferde (Balkade) wird nach einer am 24. Juli 1920 erlassenen Verordnung aufgehoben. Die Bekanntmachung des Oberpräsidenten von Berlin vom 10. Januar 1920 betreffend Aushub- und Rationierungsverbot für Pferde sowie Vorführungsgebot der Pferdebesitzer bleibt dagegen bis auf weiteres in Kraft.

Williges Schahwerk für Neuköllner Kriegshinterbliebene und Schwerkranken. Von der Reichsstelle für Schwerverwundete ist dem Kriegsfürsorgeamt ein großer Posten Stiefel (Herren-Damen- und Kinderstiefel) zum Durchkauf zu einem Preis von 70 M. für das Paar zur Beschäftigung von Schwerkranken, Schwerkranken und Kriegshinterbliebenen überwiesen worden. Die Ausgabe der Bezugsscheine erfolgt vormittags von 9—12 Uhr in der Wirtschaftsstelle des Kriegsfürsorgeamtes, Rathaus, Zimmer Nr. 249a, gegen Vorlage des Rentendokuments bzw. Rentenkartei und der Steuerkarte.

Friedrichshagen. Die Sängergemeinschaft der U. S. V. D. Friedrichshagen veranstaltet am Sonnabend ihre Gründungsfeier. Da es gelungen ist, namhafte Kräfte, unter anderem das Bühnenerprobte, für die Mitwirkung zu gewinnen, dürfen sich die Teilnehmer einen reichen künstlerischen Genuß versprechen. Die Feier findet in den Gemächern des Restaurants „Seefisch“, Seefischstraße, statt. Beginn des Konzerts 7 1/2 Uhr. Eintrittskarten zu 2 M. sind in der Sängerkasse sowie beim Genossen Kawroki, Friedrichstraße 39, zu haben.

Eine Gesellschaft in den Oberspreewald veranstaltet der Arbeiterwanderbund „Naturfreunde“ am Sonntag, den 1. August, Abfahrt der Teilnehmer Sonnabend nachmittags 2 30 Uhr bzw. 8 Uhr abends ab Görlitzer Bahnhof. Besuch des Archanges der Wenden in Burg, Radfahrt durch die Bürger Kampen über Forsthaus Eiche, Rannowmühle, Botzowsta, Lehde nach Lübbenau. Rückfahrt Sonntag abend 9 Uhr. Preis der Teilnehmerkarte für Bahnfahrt, Radfahrt, Logis und Kaffee 35 bzw. 42 M. Teilnehmerkarten sind zu haben bei Horst, Engelstraße 15, Wapphal, Bräuerstraße Nr. 14, Jüdel, Neukölln, Bergstraße 112 und in der Bundesgeschäftsstelle F. Krue, Mariannenstraße 11. Am Donnerstag, den 29. Juli, findet bei Tenjara, Melchiorstraße 15, für die Teilnehmer ein unentgeltlicher Lichtbildvortrag über den Spreewald statt. Die Fahrten führen durch den schönsten Teil des Spreewaldes, der in seiner Eigenart nicht nur eine Perle der Mark Brandenburg ist, sondern der zu den schönsten deutschen Landschaften überhaupt gehört.

Bei Sportfest der Arbeiterporzellan im Lichtenberger Stadion am vergangenen Sonntag legte beim Fußballspiel Neukölln über Lichtenberg mit 2:1.

Selbstmord eines Ehepaars. Der 70 Jahre alte Kohlenhändler Hermann Franke und seine 72 Jahre alte Ehefrau Emilie, aus der Friedrichsberger Straße, wurden gestern vormittag in ihrer gemeinsamen Wohnung tot aufgefunden. Das große Ehepaar hatte sich mit Leuchtgas vergiftet. Nahrungsmittel hat es zu diesem Verzweckungsakt getrieben. — Durch einen Sprung aus dem vierten Stock, nahm sich die 68 Jahre alte Drechslerfrau Anna Heßler, aus der Mariannenstraße 39, das Leben. Sie blieb mit schwerstverletzten Gliedern tot auf dem Hofe liegen. Was sie zum Selbstmord getrieben, ist noch nicht aufgeklärt. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Der Raubmord an der Witwe Thiesemann. Die umfangreichen Streifen nach dem noch schlüssigen dritten Beteiligten an dem Verbrechen in der Cöpenicker Str. 192, dem Schlosser Otto Kiesel, die auch in der vergangenen Nacht angefaßt worden waren, sind ohne Erfolg geblieben.

nicht angerührt hat? Vergiß dies, erkenne an, daß es das Leben ist, daß neben dir ein Mensch ist, gib der Frau das Recht zu leben und zu handeln, wie es ihr gefällt, nach ihrem freien Gewissen; sage dich von der Seelenverfassung eines Sklavenbesizers los, vergiß, daß du ein Mann bist und daß du ewig herrschen sollst! Begreife, daß im Leben alles ein Ende hat. Es geschieht ab und zu das Wunder, daß Blinde einmal sehend werden. Sollte ihnen wirklich das Licht so unangenehm sein, ihre Pupillen so stechend blenden, daß sie immer und immer zur Blindheit zurückkehren müssen?

Den 10. Oktober.

Ueber eine Stunde sah er in meinem Kabinett. Und was wollte er eigentlich von mir? Ein Mensch ist gekommen, um mich zu beschuldigen. Ich kenne ihn nur sehr oberflächlich, einige Male traf ich ihn vor dem Kriege in Versammlungen und bei verschiedenen Bekannten.

„Aber sie konnten doch unmöglich diesen Herrschaften die Hand reichen? Was sind denn das für Sozialisten? Räuber, Mörder, nichts anderes! Wenn Sie Ihre Reihen nur näher betrachten wollten, so würden Sie sehen, daß mehr als 90 Prozent dieser Leute Justizhäftlinge, Verbrecher, Mörder sind und sie, sie sollen das Schicksal Rußlands bauen?“

Lange zieht er den Rauch seiner eckig röhrenden Zigarette ein, verschnüffelt sich, hustet, so daß auf seinem abgemagerten, schwindelichtigen Gesicht rote Flecken zum Vorschein kommen. Ich denke: Lange hat er nicht mehr zu leben!

„Man muß doch verstehen“, sagt er schon in ruhigerem Tone, „mich können sie ja nicht wegen reaktionärer Ansichten verdächtigen. Sie wissen, wie viele Jahre ich in Gefängnissen gefessen habe, an meinen Füßen sind die Spuren der Fesseln noch deutlich zu sehen, sechs Jahre lang habe ich in Sibirien getragen. Während der qualvollen, langen Jahre in den Einzelkammern der Gefängnisse lebte ich nur von dem einen einzigen Wunsch, daß unser dunkles, leidendes, unerklärliches Rußland glücklich werde. Verfluchen Sie, — glücklich! Es kommt mir vor, als hätte ich ohne diese himmlische Idee alle die Leiden nicht ertragen können, ich wäre schon längst unter der Erde.“

(Fortsetzung folgt.)

Die schwere Stunde

Roman

von Victor Panin

„Halt dich, ich will gar nicht mit dir reden, wenn du solch ein Dummkopf bist! Gib denn die Trauung jemandem ein Recht? Das ist ja eine Schandtat. Die gegenwärtige Ehe ist eine offene Prostitution und die sogenannte Familie ein Bordellhaus im Stille hübscher Villen. Oder wagst du es, nein zu sagen? Nun, so sich zu. Nach unserer Trauung hat sie, diese meine Frau, mir, einem armen Studenten, mehr als hunderttausend Rubel Mitgift ins Haus gebracht, sie hat mich also gelauert. Später, als ich ein berühmter Schriftsteller wurde, ernährte sie mich, damit sie die Nächte mit mir schlief. Damit zahlte ich ihr für ihre Liebschaften, und je länger ich ihr zahlte, um so widerwärtiger erschienen mir ihre Liebschaften, weil es bloß ein Kauf und ein Verkauf war, weil ich fühlte, daß sie meine Sache war, mein Pantoffel, mein Scharfrod, meine Nachtbequemlichkeit. Alles Menschliche, alles Reine, Erhabene ist aus unserem Verhältnis von dem Augenblicke an geschwunden, als der Handel sich einzumischen begann.“

Mein Doppelgänger will trotzdem nicht nachgeben. Er lacht mir zynisch ins Gesicht:

„Halt, mein Lieber, du gehst schon allzu radikal vor! Wäre es nicht besser, wenn du deine Werte durchschlämmst würdest, um dich selbst davon zu überzeugen, was du darüber geschrieben hast. Wieviele deiner Helden vergiften sich, oder töten ihre Frau oder deren Geliebten, wegen physischen Betrugs? Nun, was wirst du daraus erwidern? Wann warst du denn schließlich aufrichtig, wann hastest du recht, damals oder jetzt? Ha—ha—ha! Vielleicht ist dir mit deinen achtundvierzig Jahren die Frau schon gleichgültig geworden? He—he—he? Das vorgerückte Alter bringt eine andere Moral mit sich, . . . vielleicht spielt auch hier der Vorteil eine Rolle?“

Ich fürchte mich, mein Zimmer zu verlassen, ich fürchte, hinter der Türe meine Frau anzutreffen. Was soll ich ihr denn sagen, was soll ich tun? Im Laufe dieser zwei Tage

wiederhole ich mir zum hundertsten Male diese Frage und kann trotzdem zu keiner Lösung gelangen.

Was die Tatsachen betrifft, so ist mir alles klar: unsere Ehe war eine schmutzige, widerwärtige Prostitution, es war einfache Handelsaffäre. Jetzt fällt sie auseinander. Sie hat sich einem anderen hingegeben, vielleicht wäre es besser gewesen, ohne Lügen auszukommen, es wäre besser gewesen, wenn sie mich gewarnt hätte. Uebrigens ist dies eine unbedeutende Kleinigkeit, eine Sache der Korrektheit, die Hauptsache aber ist, daß sie recht hat, daß sie ein unbestrittenes Recht hat, über ihren Körper zu verfügen. Und doch läßt mir gleichzeitig das alte, atavistische, durch Jahrhunderte eingefloßte Gefühl des Eigentums über die Frau, keine Ruhe und treibt mich irgendwohin, . . . ich bin ja ein Mann, ich darf es nicht so auf sich beruhen lassen.

Es ist merkwürdig, daß die einfachsten Probleme, die dem Menschen vom Leben gestellt werden, ihm als die allerschwersten und unlösbarsten erscheinen. . . . Ich fühle, daß die alten Wege vor mir unwiederbringlich verschlossen sind, auf ihnen werde ich niemals mehr wandeln können, aber auch einen anderen, neuen Weg sehe ich nicht vor mir.

Häufig sage ich zu mir selbst: „Wozu brauchst du einen neuen Weg? Du lebst ja nicht mehr am Anfang des Lebens, du brauchst die Frau nicht mehr, du bedarfst keiner neuen Anhänglichkeit, keiner neuen Liebe, wie die Menschen diese Abhänglichkeit zu nennen pflegen. Deine Rechnung mit dem Leben ist ja abgeschlossen, du hast vom Leben alles genommen, was du nehmen konntest. Wenn es dir zum Schluß einige Verdrießlichkeiten und Enttäuschungen bereitet, so ist ja nichts Befoderes dabei, verfluche dich!“

„Oder glaubst du gar in deinen ewigen Illusionen, in deinem Dunkel, die Frage für die anderen zu lösen, und ihnen, wie ein Prophet, Neues zu verkünden? Pah das! Es gibt höhere, unabänderliche Gesetze des Schicksals, und jedes Eingreifen des Menschen in das Leben des anderen ruft immer neues Elend, immer neues Unglück hervor. Pah das Leben ruhig und hemmungslos dahinfließen, es wird seinen Weg schon finden.“

„Ja aber, was soll ich tun?“ frage ich mich. „Du? Du sollst gar nichts tun! Weshalb sollst du etwas tun, wenn dir niemand etwas entziehen hat, wenn man dich

